



<https://verdi-bub.de/seminar/4568>

Themenplan

Das Hinweisgeberschutzgesetz (kompakt): Whistleblowing – Schutz für betroffene Beschäftigte

Betriebliche Umsetzung und Beteiligungsrechte der gesetzlichen Interessenvertretung

Geltungs- und Anwendungsbereich des Hinweisgeberschutzgesetzes (HinSchG) im Beschäftigungsverhältnis (für private und öffentlich-rechtliche Arbeitgeber und Dienststellenleitungen)

Hinweisgeberschutzgesetz, u.a.:

- :: Begriffsklärung und Definitionen
- :: Verstöße und Reichweite, Geltungs- und Anwendungsbereich
- :: Voraussetzungen für den Schutz von Hinweisgebenden
- :: Pflicht zur Meldung über betriebsinterne Kanäle
- :: Auswirkungen auf die betriebliche Praxis

Whistleblowing: Grundrecht auf Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte aus dem Grundgesetz kontra Treue- und Verschwiegenheitspflichten gegenüber dem Arbeitgeber

Überblick: Weitere Regelungen zur Meldung von Problemen im Betrieb oder bei Beschwerden über Missstände

Verfahren der Einrichtung von internen Meldestellen: Voraussetzungen und praktische Umsetzung unter Berücksichtigung der Rechte der Hinweisgeber*innen und Umgang mit möglichen Irrtumsfällen

Beteiligungs- und Informationsrechte bei der Einrichtung von betrieblichen Whistleblowing-/Hinweisgeberschutzsystemen und Meldekanälen sowie von weiteren Beschwerdestellen, u.a. Verhalten der Beschäftigten im Betrieb bzw. in der Dienststelle